

STUTTGARTER ZEITUNG

Interview mit Norbert Lammert

Fragen von Armin Käfer, veröffentlicht am 21.12.2010

Herr Lammert, Stuttgart gilt mittlerweile als Hauptstadt der bürgerlichen Emanzipation von der Bevormundung durch die politische Klasse. Was halten Sie davon?

Was in Stuttgart stattgefunden hat, ist interessant und wichtig genug, ohne dass es gleich zu einer Neuerfindung der Politik erklärt werden müsste. Der nüchterne Blick auf die Erfahrungen in Stuttgart und anderswo lehrt, dass es mindestens klug und auch notwendig ist, für die Umsetzung von Großprojekten einen breiten Dialog zu organisieren.

Ein solcher Dialog sollte möglichst viele in die Lage versetzen nachzuvollziehen, was eigentlich beabsichtigt ist, mit welchen Kosten und Nutzen oder auch Nebenwirkungen es verbunden ist. Im Übrigen hat die von Heiner Geißler moderierte Runde gezeigt, dass es möglich ist, auch bei sehr konträren Standpunkten einen rationalen Dialog zu organisieren.

Also doch eine neue Form der Politik?

Die Frage ist, ob solche Verfahren wirklich die Zuständigkeit von gewählten Gremien und die gerichtliche Überprüfung von demokratisch getroffenen Entscheidungen ersetzen können. Interessanterweise werden viele Leute gerade bei der zweiten Hälfte hellhörig und vorsichtig.

"Wutbürger" heißt das Wort des Jahres 2010. Im Zusammenhang mit Stuttgart 21 wurde Protest zu einer bürgerlichen Tugend stilisiert. Haben Sie dafür Verständnis?

Protest als bürgerliches Engagement ist jedenfalls nicht neu und die "Worte des Jahres" sind eine Medienerfindung.

Wir erleben doch eine wachsende Entfremdung zwischen den Bürgern und der Politik. Oder ziehen Sie das in Zweifel?

Die Identifikation mit allen Großinstitutionen nimmt ab. Das betrifft die Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien. Zu meinem eigenen Erstaunen leiden darunter auch besonders heftig die Medien. Das heißt: wir haben es hier mit einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen zu tun, das auch die Politik betrifft. Es wäre zwar schön, aber erstaunlich, wenn es ausgerechnet die Politik nicht treffen würde. Was diese Entwicklung aber gerade für die Politik besonders unangenehm und nicht nur lästig macht, ist, dass sie noch mehr als andere Bereiche auf Vertrauen angewiesen ist.

Aktuelle Umfragen besagen: zwei Drittel der Bürger hätten nach wie vor großes Vertrauen in die Demokratie - sie misstrauen aber den politischen Akteuren. Wie passt das zusammen?

Ich glaube, beides ist sehr deutsch. Die Deutschen trauen in aller Regel weder ihren Regierungen noch ihren Parlamenten, am wenigsten den Parteien. Aber wenn es wirklich krisenhaft wird, verlassen sie sich ausschließlich auf den Staat. Und aus dieser Beweglichkeit der Einstellungen beziehe ich einen erheblichen Teil meiner Zuversicht. Von den gleichen Leuten, denen man mit Skepsis und Misstrauen begegnet, erwartet man in einer Krise, dass sie ein mögliches Verhängnis abwenden.

Kann es sein, dass wir in Wahrheit keine Krise der demokratischen Gesinnung erleben, sondern eine Legitimationskrise des repräsentativen Systems?

Auch das ist mir eine Spur zu dramatisch formuliert. Es gibt eine auffällige Diskrepanz nicht nur zwischen dem Staatsvertrauen auf der einen Seite und dem Misstrauen in politische Akteure, sondern es gibt auch eine beachtliche Differenz zwischen der Zustimmung zu einer demokratischen Verfassung und rechtsstaatlichen Prinzipien auf der einen Seite und der Enttäuschung, der Wut über konkrete politische Vorgänge auf der anderen. Deshalb habe ich auch immer den pauschalen Begriff der Politikverdrossenheit für voreilig und ungenau gehalten. Ein Teil der Erklärung des Phänomens, das er beschreibt, ist wachsendes Urteilsvermögen. Die

Menschen unterscheiden zwischen ihrer Zustimmung zum politischen System, das sie nicht durch ein anderes ersetzen wollen, und ihrem Ärger über konkrete Repräsentanten und Beschlüsse, die ihnen nicht einleuchten. Das ist ja eigentlich die Voraussetzung für eine lebendige Demokratie.

Braucht es mehr plebiszitäre Elemente, um die repräsentative Demokratie zu retten?

Wir brauchen andere Beteiligungsverfahren. In den letzten zehn Jahren hat es in Ländern, Städten und Kreisen mehr als doppelt so viele Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gegeben wie in den 50 Jahren vorher zusammen. Und diese jüngsten Erfahrungen stützen ganz gewiss nicht die Vermutung, dass dies ein Ersatz für repräsentative Entscheidungen sein könnte. Wir erleben ja regelmäßig, dass die Beteiligung an solchen Verfahren noch unter den Zahlen sinkender Wahlbeteiligungen liegt.

Wie stehen Sie zu Volksentscheiden auf Bundesebene?

Sehr zurückhaltend. Die Verfassungsväter und -mütter sind mit diesem zweifellos demokratischen Element außerordentlich restriktiv umgegangen. Auf Bundesebene sind Plebiszite überhaupt nur bei der Neuabgrenzung von Ländern möglich. Und genau deswegen wird es auch keine solche Neustrukturierung der Landkarte geben. Auch die Frage, wo denn in Deutschland ein Endlager für nukleare Brennstäbe errichtet werden könnte, oder wo wir Hochleistungsleitungen ziehen können, um den Transport von regenerativ erzeugtem Strom nach dort, wo er benötigt wird, ist durch Volksabstimmungen nicht zu klären.

Gefährdet eine ausufernde Bürgerbeteiligung die Funktionstüchtigkeit des Staates?

Die Frage muss man durchaus im Auge behalten. Es geht nicht nur darum, möglichst viele Menschen an möglichst vielen Entscheidungen zu beteiligen. Eine Gesellschaft muss auch ihre Handlungsfähigkeit bewahren. Man darf sich auch über eines nicht hinwegtäuschen: je häufiger Verfahren nach dem Muster der Schlichtung in Stuttgart stattfinden, umso geringer wird die öffentliche Beteiligung sein. Man muss sich davor hüten, aus einem prominenten Einzelfall generalisierende Schlussfolgerungen zu ziehen. So langweilig repräsentative Entscheidungsprozesse erscheinen mögen, so leistungsfähig sind sie auf der anderen Seite. Und sie haben einen wesentlichen Vorteil gegenüber jeglicher Art von Plebisziten: für jede Entscheidung, die sich später als richtig oder als falsch herausstellen kann, lassen sich eindeutig Verantwortliche identifizieren.

Sie sitzen seit 1980 im Bundestag. Wie hat sich der Parlamentsbetrieb verändert?

Die Abläufe haben sich wenig verändert. Aber wir haben inzwischen andere Typen von Parlamentariern. Manche, die sich mit verklärtem Blick an Persönlichkeiten wie Helmut Schmidt und Konrad Adenauer erinnern, übersehen zweierlei: erstens wurden diese zur unangefochtenen Ehre der Altäre erst deutlich nach Ausscheiden aus ihren Ämtern erhoben. Zweitens wären sie heutzutage beide in ihren jeweiligen Parteien nur mit Mühe noch in entsprechende Ämter zu vermitteln. Da haben sich die Erwartungen an den Politikstil erheblich verändert. Das prägt natürlich auch den parlamentarischen Alltag.

Wie könnte es gelingen, den parlamentarischen Betrieb wieder attraktiver für das politisch interessierte Publikum zu machen?

Mein Obersatz lautet immer: Ein Parlament muss nicht attraktiv sein, es muss leistungsfähig sein, demokratisch legitimiert und im eigentlichen Sinne des Wortes repräsentativ, es muss die Anliegen, Interessen, Wünsche und Ziele, die es in der Gesellschaft gibt, auch parlamentarisch abbilden. Wenn das alles auch attraktiv zu gestalten ist - schön. Aber das Kriterium ist nicht Attraktivität. Aber es ist schon klar, wir brauchen mediale Vermittlungsformen der Politik. Und da gibt es immer Verbesserungsmöglichkeiten.

Wo sehen Sie Reformbedarf?

Zum Beispiel die Fragestunden sind eher unergiebig. Hier wünsche ich mir ein höheres Maß an Lebendigkeit.